

NEUE JUSTIZ

ZEITSCHRIFT FÜR RECHT
UND RECHTSWISSENSCHAFT

28. JAHRGANG
1. JANUARHEFT

1/74
S. 1-32

FRIEDRICH EBERT, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der SED

Fragen der Entwicklung unseres Staates und der sozialistischen Demokratie

Dem folgenden Beitrag liegt das Referat zugrunde, das Genosse Friedrich Ebert am 3. Dezember 1973 vor Mitarbeitern für Staats- und Rechtsfragen der Bezirks- und Kreisleitungen der SED gehalten hat. D. Red.

Das Jahr 1973 war geprägt vom weiteren Vormarsch des Sozialismus in der Welt, insbesondere dank der bedeutenden Erfolge der um die Sowjetunion fest zusammengeschlossenen sozialistischen Staatengemeinschaft. Aufs neue zeigte sich der dialektische Zusammenhang zwischen der weiteren allseitigen Vervollkommnung der sozialistischen Ordnung und den wachsenden außenpolitischen Möglichkeiten, eine immer größere Zahl von Klassenschlachten gegen die internationale imperialistische Reaktion zu unseren Gunsten zu entscheiden.

Zu dieser erfolgreichen Bilanz hat auch die Deutsche Demokratische Republik unter der Führung unserer Partei und auf Grund der schöpferischen und fleißigen Arbeit von Millionen Werktätigen ihren entsprechenden Anteil beigetragen. Auf den Tagungen des Zentralkomitees konnten wir deshalb einschätzen, daß die Beschlüsse des VIII. Parteitages konsequent verwirklicht werden. Das findet seine Widerspiegelung in der Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1973 und in den darauf aufbauenden, wiederum höher gesteckten Zielen für 1974.

Es ist ein gleichermaßen anspruchsvoller wie realisierbarer Plan, in all seinen Teilen auf die Verwirklichung der vom VIII. Parteitag beschlossenen Hauptaufgabe gerichtet. In den Mittelpunkt stellt unsere Partei das Wohl der Menschen, das Glück des Volkes, und deshalb genießt die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ständig wachsendes Vertrauen und Unterstützung des ganzen Volkes. Ein Gradmesser dafür ist die lebhafteste Teilnahme der Werktätigen an den in diesen Tagen und Wochen stattfindenden Parteiwahlen, die damit wiederum weit über den Rahmen eines internen Ereignisses hinausgehen.

In Vorbereitung des 25. Jahrestages unserer Republik ist in den nächsten Monaten noch eine weitere bedeutende Aufgabe zu bewältigen. 1974 läuft die Wahlperiode der Volksvertretungen der Kreise, Städte, Stadtbezirke und Gemeinden ab, und am 19. Mai 1974 werden die Kommunalwahlen stattfinden.¹ Die Wahlvorbereitung ist eine ausgezeichnete Möglichkeit, um unsere Bürger über die künftigen Vorhaben in Staat und Wirt-

Schaft zu informieren und zur noch umfassenderen Mitarbeit bei der Realisierung der Beschlüsse des VIII. Parteitages zu gewinnen.

Im Mittelpunkt steht dabei die Erfüllung und Übererfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1974. Dabei sind die guten Erfahrungen bei der Verwirklichung des Planes 1973 auszuwerten und zu verallgemeinern.

Verantwortung der Volksvertretungen hat sich erhöht

Messen wir die bisher erreichten Ergebnisse an den Forderungen des VIII. Parteitages, so fällt diese Bilanz positiv aus. Die Tätigkeit aller Machtorgane unseres Staates, von der Volkskammer bis zur Stadtverordnetenversammlung und Gemeindevertretung, vom Ministerrat bis zum Rat der Stadt und der Gemeinde, ist einheitlich und eindeutig auf die Erfüllung der vom VIII. Parteitag gestellten Hauptaufgabe gerichtet.

Wir können weiter feststellen, daß sich die Verantwortung der Volksvertretungen und ihrer Abgeordneten bei der Leitung und Planung der gesellschaftlichen Entwicklung kontinuierlich erhöht hat. Verstärkt haben sich die vielfältigen Verbindungen der staatlichen Organe mit der Bevölkerung, insbesondere mit der Arbeiterklasse. Die sozialistische Demokratie wurde weiterentwickelt, und die Anzahl der ehrenamtlich tätigen Bürger hat erfreulich zugenommen. Der Arbeitsstil des VIII. Parteitages prägt zunehmend das Wirken vieler Abgeordneter sowie Leiter und Mitarbeiter in den staatlichen Organen. Konkretes, sachliches und zielstrebiges Herangehen an die Lösung der staatlichen Aufgaben hat 1973 weitaus mehr Räte als in den Vorjahren befähigt, erfolgreich ihre Verantwortung bei der Leitung der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft, vor allem während der Ernte, wahrzunehmen. Die Aufgaben des Wohnungsbaus, des Um- und Ausbaus von Wohnungen und der Werterhaltung wurden besser gelöst. Aktiv wurde von vielen Räten auf die Lösung der Probleme des Handels und der Verbesserung der Dienstleistungen Einfluß genommen.

Fragen wir nach den Ursachen für die bedeutsamen Fortschritte bei der Verwirklichung der Beschlüsse des Parteitages auf dem Gebiet der sozialistischen Demokratie, wie sie insbesondere im abgelaufenen Jahr zu verzeichnen waren, so liegen sie in erster Linie in der wachsenden Aufmerksamkeit des Zentralkomitees und aller leitenden Parteiorgane gegenüber der staatlichen Tätigkeit begründet.

Zu den genannten Ergebnissen in der Arbeit haben auch die neuen gesetzlichen Maßnahmen beigetragen: das Gesetz über den Ministerrat der DDR vom 16. Oktober 1972 (GBl. I S. 253), das Gesetz über die örtlichen Volks-

¹ Vgl. Vertier, Aus dem Bericht des Politbüros an die 11. Tagung des Zentralkomitees der SED, Berlin 1973, S. 18 ff.; Ebert, „Starke Volksvertretungen in engem Kontakt zum Leben“, in: Aus den Diskussionsreden auf der 11. Tagung des Zentralkomitees der SED, Berlin 1973, S. 44 ff.